

den Fachbereich Arbeitswelt/Informatik in der Volkshochschule des Amtes für Bildung, Kultur und Sport

3. Veräußerung der Liegenschaft in 15518 Steinhöfel, OT Heinersdorf, Hauptstraße 37

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Berger stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 24.06.2014

Die Niederschrift zur Sitzung des Kreistages vom 24.06.2014 wird von den Abgeordneten bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde gibt es keine Anfragen bzw. Wortmeldungen von Bürgern aus dem Landkreis Oder-Spree.

Zu TOP 5 Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat

Bezüglich der Anfrage der Fraktion Die Linke betont der Landrat, dass er den Auftrag so versteht, dass sich der Landkreis den Problemen von Flüchtlingen, Asylbewerbern und der betroffenen Kommunen annehmen wird. Einen Runden Tisch zu bilden, lehnt der Landrat jedoch ab. Er erläutert, dass sich die Aktivitäten des Landkreises auf die Stadt Fürstenwalde beschränken. In Übereinstimmung mit der Bürgermeisterin der Stadt Eisenhüttenstadt und dem Leiter der ZASt wird nur in Ausnahmefällen Unterstützung geleistet.

Herr Zalenga erklärt, dass in Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft Fürstenwalde bereits zahlreiche Asylbewerber in Wohnungen untergebracht wurden. Auch in der Unterkunft Heigelstr. in Fürstenwalde konnten weitere Flüchtlinge untergebracht werden.

Der Landrat sagt, dass bereits in den nächsten Tagen der zweite Standort des „Hauses Hoffnung“ im Tränkeweg Fürstenwalde zur Aufnahme von Flüchtlingen in Betrieb genommen wird. Des Weiteren wurde mit der medizinischen Versorgungsgesellschaft ein Vertrag zur medizinischen Versorgung abgeschlossen. In Absprache mit dem Staatlichen Schulamt wurde verein-

bart, dass die Beschulungen von Kindern in Fürstenwalde und Bad Saarow vorgenommen werden.

In der Stadt Fürstenwalde gibt es bereits zahlreiche Initiativen von Bürgern zur Integration der Flüchtlinge und Asylbewerber. Unterstützung wird auch durch das Jugendamt des Landkreises geleistet, so z.B. für unter 18-Jährige Alleinreisende und bei Fällen von Kindeswohlgefährdung. Die Flüchtlinge werden auch vom Bereich der Ausländerbeauftragten des Landkreises bei Behördengängen und auch bei der Suche nach Dolmetschern unterstützt.

Abschließend betont der Landrat, dass eine gute Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern stattfindet und deshalb ein Runder Tisch nicht erforderlich ist.

Zu TOP 6 Geschäftsbericht des Landrates

Der Landrat informiert die Abgeordneten zu Beginn über die Bemühungen einiger Bürger zur Wiedereinführung der alten Kfz-Kennzeichen. Dazu erhielt er von einem Abgeordneten ein Foto, worauf für die alten Kennzeichen geworben wurde.

Herr Zalenga betont, dass er das Gefühl hat, dass es sich bei derartigen Diskussionen um „Luxusprobleme“ handelt, die teilweise „unter die Gürtellinie“ geführt werden.

Der Eindruck, dass „tausende Menschen“ die alten Kennzeichen wieder haben möchten, spiegelt sich im Haus der Kreisverwaltung jedoch nicht wieder. Der Landrat sagt, dass er lediglich von

2 Bürgern aus Fürstenwalde zum Thema Kfz-Kennzeichen angesprochen wurde und er 4 E-Mails zum Thema Freigabe Altkennzeichen erhalten hat.

Er verweist mit aller Entschiedenheit darauf, dass er die Entscheidung zur Nichteinführung der alten Kfz-Kennzeichen mit allen dafür zuständigen Mitarbeitern diskutiert hat und er keine Entscheidung im „stillen Kämmerlein“ getroffen hat. Außerdem besteht weder in Beeskow, Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde ein Stadtrecht auf dieses Kennzeichen.

Die Einführung der Altkennzeichen erfolgte undemokratisch durch den Einigungsvertrag.

Die Einführung des Kennzeichens LOS wurde erst durch 3 gleichlautende KT-Beschlüsse der Altkreise Beeskow, Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt beschlossen und ist seit dem 1. Januar 1994 gültig. Abschließend betont der Landrat, dass er aus den genannten Gründen keine Veranlassung zur Rückkehr zu den alten Kennzeichen sieht.

Des Weiteren erläutert Herr Zalenga den Abgeordneten, dass der vorherige Kreistag sich zur Unterstützung der Verwaltung im Zusammenhang mit den Erstuntersuchungen von Asylbewerbern an die Ministerin Tack gewandt hat. Eine Antwort dazu liegt dem Landkreis bereits vor. Es gibt eine neue Rechtsverordnung zur Umsetzung des Asylverfahrensgesetzes im Bereich Erstuntersuchungen. Diese Verordnung ist befristet bis zum 30.06.2015 und ab 01.07.2015 geht die Verantwortung dann auf die Landesregierung über. Außerdem wurde die alte Pauschale deutlich aufgestockt. Auch wenn nachweislich höhere Kosten entstehen, werden sie von der Landesregierung getragen.

Bezugnehmend auf die vorliegende Information zur Erfüllung des Haushaltsplanes sagt der Landrat, dass der Haushalt solide geplant und diszipliniert umgesetzt wurde. Er geht davon aus, dass zum Jahresende eine solide HH-Abrechnung erfolgen kann.

Zu TOP 7 Angemessene Kosten der Unterkunft
Vorlage: 8/DIE LINKE/2014

Die vorgetragene Rede von Herrn Dr. Pech liegt im Protokoll als Anlage 2 vor.

Anschließend erklärt Herr Hilke, CDU-Fraktionsvorsitzender, dass er den Antrag der Fraktion Die Linke „unverfroren“ und als blanken „Populismus“ empfindet.

Er erklärt, dass bereits ein fast identischer Antrag von der CDU-Fraktion im Kreistag vom 09.04.2014 vorgetragen wurde. Dazu wurde Mehrheitlich folgender Beschluss gefasst:

„Der Landrat wird beauftragt, die derzeit geltenden Angemessenheitswerte in dem vorgesehenen Verfahren fortzuschreiben, das heißt: Für die Zeit nach Ablauf des 4-jährigen Geltungszeitraumes, im Mai 2015, ist die Angemessenheit auf der Grundlage eines neuen Mietwertgutachtens zu ermitteln.

Dabei soll der Auftragnehmer einen besonderen Blick auf die Marktverhältnisse in der Ballungsrandzone insbesondere der Region um Erkner, Woltersdorf, Schöneiche bei Berlin und Grünheide/Mark richten.“

Anschließend erklärt Herr Lindemann, dass die im Beschlussvorschlag aufgeführten Punkte 1-3 bereits vom Gesetzgeber festgelegt sind. Das vorliegende Gesetz wird dann durch die Verwaltung auf den Einzelfall umgesetzt. Somit verlaufen die im Antrag aufgeführten Punkte ins Leere. Zum Punkt 4 schließt sich Herr Lindemann den Ausführungen von Herrn Hilke an.

Ergänzend sagt er, dass die Ausschreibung zur Erstellung eines neuen Mietwertgutachtens in den nächsten Wochen erfolgen wird. Zum Punkt 5 verweist Herr Lindemann darauf, dass die Kommunen natürlich über öffentliche Beschlüsse informiert werden. Er kritisiert, dass die Kommunen dafür sorgen müssen, dass die Mieten von sanierten Wohnungen auch bezahlbar bleiben. Herr Lindemann betont, dass er das im Antrag geschilderte Konfliktpotential nicht erkennen kann und es im Landkreis Oder-Spree keinen Fall gibt, wo eine Obdachlosigkeit auf eine zu niedrige Angemessenheitsgrenze zurückzuführen ist. Deshalb bittet er die Abgeordneten, den Antrag der Fraktion Die Linke abzulehnen.

Herr Dr. Pech bezieht sich anschließend auf einen ihm vorliegenden Bescheid und bekräftigt nochmals das Anliegen seines Antrages.

Da es keine weiteren Wortmeldungen von den Abgeordneten gibt, bittet Herr Dr. Berger um die Abstimmung des Antrages 8/Die Linke/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Bei der Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft wird in Erkner und Schöneiche grundsätzlich eine Einzelfallprüfung durchgeführt.
2. Bei Überschreitung der in den Richtlinien ausgewiesenen „Angemessenheitsgrenzen“ ist grundsätzlich auch in den anderen Kommunen des Landkreises eine Einzelfallprüfung durchzuführen.
3. Die Überschreitung der in der Richtlinie ausgewiesenen Werte für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft ist ohne eine Prüfung des Einzelfalls keine Grundlage für die Ablehnung von Leistungen.
4. Durch das Jobcenter / Amt für Grundsicherung wird unverzüglich ein Gutachten zur Ermittlung der tatsächlichen Kosten der Unterkunft im Landkreis in Auftrag gegeben. Bei diesem Gutachten sind die Ergebnisse des im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg erstatteten Gutachtens „Mietsituation im Land Brandenburg zur Festlegung von Gebieten nach § 558 Abs. 3 BGB“ zu be-

achten (insbesondere hinsichtlich der Differenz zwischen Angebots- und Vergleichsmiete).

5. Die Kommunen des Landkreises werden über diesen Beschluss informiert.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 11 Nein MH Enthaltung 7

Zu TOP 8 Entschließung zum Ersatzneubau der Schleusen in Fürstenwalde und Kleinmachnow Vorlage: 9/DIE LINKE/2014

Herr Wende, Fraktion Die Linke, erläutert kurz die Beweggründe für ihren eingebrachten Antrag. Hierdurch sollen die bereits zahlreich gestarteten Initiativen gegen die Abstufung der Ostbrandenburger Wasserstraßen und für den Ersatzneubau der Schleusen in Fürstenwalde und Kleinmachnow unterstützt werden. Durch den Beschluss des Kreistages soll der Landrat beauftragt werden, die Forderungen an die zuständigen Behörden/Ministerien zu übermitteln.

Herr Dr. Berger trägt anschließend den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD- und CDU-Fraktion vor. Dieser liegt den Abgeordneten vor.

Herr Vogelsänger, SPD-Fraktion, bekräftigt anschließend den Änderungsantrag und betont, dass

der zunehmende Verkehr nicht unbedingt auf der A 12 stattfinden sollte, sondern die Wasserstraße entsprechend genutzt werden sollte. Er sagt, dass der Antrag sehr sinnvoll ist, da mit dem Bund gerade der neue Verkehrswegeplan beraten wird. Er bittet die Abgeordneten darum, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Danach sagt Herr Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender Die Linke, dass sich seine Fraktion dem Änderungsantrag von SPD- und CDU-Fraktion anschließt.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung des Änderungsantrages.

Beschluss:

Der Kreistag Oder –Spree sieht in der weiteren Entwicklung der Binnenschifffahrt eine enorme wirtschaftliche Bedeutung für Brandenburg, insbesondere auch für den Landkreis. Deshalb muss dem Ausbau der Wasserstraßen und seiner wichtigen technischen Elemente mehr Beachtung von Seiten des Bundes geschenkt werden.

Der Kreistag fordert:

- dass die Bundeswasserstraßenverwaltung Ihren Pflichten nachkommt und die Schifffahrbarkeit der Kanäle den Anforderungen der Wirtschaft entsprechend sichert,
- dass der Oder-Spree-Kanal bzw. Teltowkanal eine entsprechende Einordnung als Kategorie C der Wasserstraßen gemäß Entwurf BVWPL erhält und die technische Weiterentwicklung der Schifffahrt sichergestellt bleibt
- dazu den Ausbau der Schleusen in Kleinmachnow (auf 135m) und in Fürstenwalde (auf 115m) als wichtigste Investition in die Entwicklung der Wasserstraßen in der Region.
- die Aufnahme des Ersatzneubaus dieser Schleusen in den BVWP so wie er vom Land an den Bund gemeldet worden ist.

Der Landrat wird beauftragt, diese Resolution sowohl den zuständigen Behörden im Land, als auch beim Bund zu übermitteln

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag Oder-Spree fordert den weiteren wirtschaftlichen Ausbau der Wasserstraßen für eine energieeffiziente und umweltfreundliche Binnenschifffahrt. Für die Spree-Oder-Wasserstraßen und den Teltowkanal bedeutet dies den Ersatzneubau der Schleusen in Fürstenwalde und Kleinmachnow und die weitere Einstellung von Investitionsmitteln für die Unterhaltung und Ertüchtigung von Bundeswasserstraßen durch den Bund.

Der Landrat wird beauftragt, diese Position des Kreistages an die zuständigen Behörden / Ministerien zu übermitteln.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 2 Enthaltung 3

Zu TOP 9 Überprüfung Kreisumlage Vorlage: 10/SPD und CDU/2014

Frau Kilian, Fraktionsvorsitzende SPD, begründet ihren Antrag zur Überprüfung der Kreisumlage damit, dass der Landkreis Oder-Spree über erhebliche Rücklagen verfügt. Da jedoch die finanzielle Situation der Kommunen nicht so gut aussieht, begrüßt die SPD-Fraktion den Antrag zur Überprüfung der Kreisumlage und bittet um die Zustimmung der Abgeordneten.

Herr Hilke, Fraktionsvorsitzender CDU, sagt, dass er davon ausgeht, dass die Verwaltung durch die Beantwortung der im Beschlussvorschlag aufgeführten Punkte intelligente Lösungen aufzeigt, wie die Rücklagen sinnvoll verwendet werden können.

Herr Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender Die Linke, findet eine Überprüfung der Ausgaben des Kreishaushalts immer zweckmäßig. Er ist jedoch der Meinung, dass eine Senkung der Kreisumlage nicht aus den Rücklagen der Verwaltung finanziert werden darf, da dadurch notwendige Investitionen nach hinten verschoben werden.

Danach erklärt Herr Dr. Zeschmann, BVB/Freie Wähler, dass er die Diskussion zur Überprüfung der Kreisumlage im Kreistag gut findet, die ganze Diskussion jedoch „populistisch“ daherkommt. Da die Kreisverwaltung über erhebliche Rücklagen verfügt, befürwortet Herr Dr. Zeschmann eine Absenkung der Kreisumlage.

Abschließend sagt Herr Zalenga, dass er kein Problem damit hat, wenn der Beschluss von den Abgeordneten so gefasst wird. Dadurch wächst die Zahl der „Wächter“ über den Kreishaushalt und die Kreisumlage weit über 36 hinaus. Der Landkreis Oder-Spree hat 18 Kommunen (Städte, Gemeinden und Ämter) mit 18 Bürgermeistern und Amtsdirektoren sowie 18 Kämmerern. Er betont weiterhin, dass der größte Teil des Geldes gesetzlich vorgeschriebene Rücklagen sind.

Er verweist darauf, dass er bzw. Herr Buhrke im nächsten Finanzausschuss im November mit den Abgeordneten und auch mit den Kommunen im Verfahren der Aufstellung des Haushalts 2015 über die Höhe der Kreisumlage reden wird. Er bittet die Abgeordneten darum, dass sie im Prozess der HH-Aufstellung in den Fachausschüssen genau und akribisch darauf achten, was sich der Landkreis leisten kann und was er sich leisten muss.

Mit einzelnen Amtsdirektoren und Bürgermeistern wurde bereits ansatzweise diskutiert, wie man andere Lösungen finden könnte, um den Gemeinden wirklich zu helfen.

Weitere Wortmeldungen hierzu gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung des gemeinsamen Antrages von SPD- und CDU-Fraktion.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird aufgefordert die notwendige Höhe der Kreisumlage zu überprüfen.
2. Dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen ist dazu ein Bericht im 4. Quartal 2014 vorzulegen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 1 Enthaltung 8

**Zu TOP 10 Örtlicher Beirat gemäß § 18 d SGB II
Vorlage: 045/2014**

Von den Fraktionen werden folgende Kreistagsmitglieder für den Beirat für Beschäftigungsförderung im Landkreis Oder-Spree vorgeschlagen:

SPD-Fraktion	Frau Elke Wagner
SPD-Fraktion	offen
Fraktion Die Linke	Herr Dr. Pech
CDU-Fraktion	Frau Karin Griesche
Fraktion B-J-A/FDP/BVFO	Herr Kaufmann

Herr Dr. Berger verweist darauf, dass im Kreistag am 03.12.2014 von der SPD-Fraktion ein weiteres Kreistagsmitglied für den Beirat für Beschäftigungsförderung vorgeschlagen wird. Danach bittet er die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 045/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beruft 5 Kreistagsmitglieder in den Beirat für Beschäftigungsförderung im Landkreis Oder-Spree

- SPD:
- SPD:
- Die Linke:
- CDU:
- B-J-A/FDP/BVFO:

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 1 Enthaltung 5

**Zu TOP 11 Vorschlag für die Wahl eines Mitgliedes in den Verwaltungsrat der Sparkasse Oder-Spree
Vorlage: 053/2014**

Von der CDU-Fraktion wird für Herrn Uwe Koch Herr Dierk Homeyer für den Verwaltungsrat der Sparkasse vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gibt es nicht.
Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 053/2014.

Beschlussvorschlag:

Für Herrn Uwe Koch wirdfür den Verwaltungsrat der Sparkasse vorgeschlagen.

Der Verwaltungsrat wird von der Zweckverbandsversammlung gewählt.

Mehrheitlich zugestimmt
Ja MH Nein 2 Enthaltung 9

**Zu TOP 12 Vorschlag zur Wahl ehrenamtlicher Richter für die Sozialgericht Frankfurt (Oder)
Vorlage: 054/2014**

Herr Dr. Berger bittet um Vorschläge zur Wahl ehrenamtlicher Richter für das Sozialgericht Frankfurt (Oder). Herr Dr. Pech, Fraktionsvorsitzender Die Linke, schlägt Herrn Stephan Wende vor. Anschließend meldet sich Frau Sabine Niels, dass sie sich ebenfalls für die Wahl zum ehrenamtlichen Richter für das Sozialgericht Frankfurt (Oder) zur Verfügung stellt.
Herr Dr. Berger bittet abschließend um die Abstimmung der Abgeordneten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree schlägt folgende Personen für die Wahl zum ehrenamtliche Richter für das Sozialgericht Frankfurt (Frankfurt (Oder)vor

- 1.....
- 2.....

Mehrheitlich zugestimmt
Ja MH Nein 1 Enthaltung 7

**Zu TOP 13 Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: 048/2014**

Zur Vorlage 048/2014 gibt es keine Nachfragen oder Wortmeldungen.
Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 048/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

1. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2013 des Eigenbetriebes „Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung“ mit Lagebericht,
2. den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresgewinn im Betrieb gewerblicher Art in Höhe von 39.033,07 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 1 Enthaltung 3

**Zu TOP 14 Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2013
Vorlage: 049/2014**

Zur Vorlage 049/2014 gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage 049/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die Werkleitung des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2013 zu entlasten.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 1 Enthaltung 3

**Zu TOP 15 Veränderung der Abteilungsstruktur am Oberstufenzentrum Oder-Spree
Vorlage: 036/2014**

Herr Umbreit, SPD-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass die in der Beschlussvorlage aufgeführte Zahl von 3 023 Auszubildenden und Schülern so nicht richtig ist, da nicht nur eine duale Ausbildung stattfindet, sondern auch Schüler jeden Tag in der Einrichtung sind.

Herr Dr. Zeschmann, BVB/Freie Wähler, fragt nach, ob durch die Veränderung der Abteilungsstruktur eine finanzielle Entlastung für den Landkreis zu erwarten ist.

Der Landrat sagt, dass es keine finanzielle Entlastung für den Landkreis geben wird, da das Personal beim Land Brandenburg angestellt ist.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet um die Abstimmung der Vorlage 036/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Auflösung der Abteilungen 1 und 2 des Oberstufenzentrums Oder-Spree. Der Kreistag beschließt die Errichtung einer neuen Abteilung am Oberstufenzentrum Oder-Spree, bestehend aus den Berufsfeldern der ehemaligen Abteilungen 1 und 2.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 1 Enthaltung 4

**Zu TOP 16 Taxentarifordnung
Vorlage: 038/2014**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Ordnung über Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für die im Landkreis Oder-Spree zugelassenen Taxen (Taxentarifordnung).

Herr Wende, Fraktion Die Linke, fragt, nach welchen Regeln die Zulassungen für Taxifahrer erteilt werden. Er hat den Eindruck, dass durch die Vielzahl von zugelassenen Taxen die Taxifahrer nicht mehr von ihrem Verdienst leben können.

Herr Prof. Dr. Stock, CDU-Fraktion, informiert anschließend, dass er z.B. am späten Abend in Erkner lange auf ein Taxi warten muss und der Taxifahrer dann sagt „er macht jetzt Feierabend“.

Herr Rose erklärt anschließend, dass sich die Taxifahrer nicht so gern in die Karten gucken lassen, um zu überprüfen, ob noch eine entsprechende Auskömmlichkeit vorhanden ist. Nur wenige Taxiunternehmen legen eine entsprechende Kostenkalkulation vor. Er sagt, dass die vorhandenen ca. 71 Taxen im Landkreis Oder-Spree auskömmlich unterwegs sind. Die Taxifahrer leben jedoch nicht allein von den normalen Fahrten, sondern von Fahrten zur Dialyse, anderen Krankenkassen-Fahrten und auch von der Schülerbeförderung.

Herr Dr. Zeschmann ist der Meinung, dass die Verwaltung mit der Grundgebühr von 3,60 € in der Nacht, an Sonn- und Feiertagen „den Vogel abgeschlossen“ hat. Hier sollte sich die Verwaltung am Landesdurchschnitt orientieren, sagt Herr Dr. Zeschmann.

Daraufhin erklärt Herr Rose, dass für viele Taxiunternehmen die Nachtfahrten unrentabel sind. Es werden Kosten verursacht, die auskömmlich finanziert werden müssen, damit das Taxiunternehmen auch noch wirtschaftlich ist.

Weitere Wortmeldungen hierzu gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 038/2014.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 2 Enthaltung 5

**Zu TOP 17 Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des LOS im Zeitraum 2015 - 2020 ff
Vorlage: 050/2014**

Herr Buhrke verweist darauf, dass im Bildungsausschuss am 26.08.2014 folgender Änderungsantrag gestellt wurde:

Zum TOP 10 bitten die Abgeordneten um die Änderungen der Prioritätenliste:

40-13	Sanierung Verwaltungsgebäude (Verbinder) Und Ergänzungsbau einer Mensa am OSZ, Standort Waldstr. Eisenhüttenstadt	von Priorität 2 auf 1
40-6	Neubau Zwei-Feld-Schulsporthalle Gymnasium Erkner	von Priorität 3 auf 2

Die geänderte Prioritätenliste wurde von den Abgeordneten des Bildungsausschusses einstimmig zugestimmt. Herr Buhrke schlägt Herrn Dr. Berger vor, zunächst über den Änderungsantrag und danach über die Vorlage 050/2014 abzustimmen.

Herr Dr. Zeschmann verweist anschließend in seiner Rede auf einige in der Prioritätenliste aufgeführte Maßnahmen. Er kann nicht nachvollziehen, warum nur bei bestimmten Straßenbaumaßnahmen eine Förderung beantragt wurde und weshalb der Bau einer Brücke nicht die Priorität 1 erhält. Außerdem bemängelt er, warum verschiedene Maßnahmen als neuer Bedarf eingestuft sind, obwohl es sich um Gebäude handelt, die schon länger im Besitz des Landkreises Oder-Spree sind und diese schon eher saniert werden konnten. So kann Herr Dr. Zeschmann ebenfalls nicht nachvollziehen, warum bei der Maßnahme unter Pkt. 40-13 der geschätzte Bedarf so hoch ist und warum bei anderen Maßnahmen der Bedarf offen ist.

Auf die Nachfragen von Herrn Dr. Zeschmann erklärt Herr Buhrke, dass die in der Prioritätenliste aufgeführten Maßnahmen bereits in den Fachausschüssen ausführlich durchgesprochen und erörtert wurden. Er betont, dass die Abgeordneten jederzeit die Möglichkeit haben, an den Fachausschüssen teilzunehmen und Fragen zu stellen. Außerdem verweist Herr Buhrke darauf, dass die Begründungen zu den Maßnahmen in der Prioritätenliste als Anlage aufgeführt sind.

Frau Gläser bezieht sich danach auf die Maßnahme Ersatzneubau Mühlenfließbrücke und betont, dass die Brücke nicht einsturzgefährdet ist. Sie sagt, dass in bestimmten Zeitabständen gutachterliche Brückenprüfungen durchgeführt werden.

Bei der Bereitstellung von Fördermitteln verweist Frau Gläser darauf, dass für die einzelnen Maßnahmen Fördermittel beantragt wurden, die Vergabe von Fördermitteln jedoch in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten, über den genannten Änderungsantrag abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

MH Ja, 5 Enthaltungen

Danach bittet Herr Dr. Berger um die Abstimmung der Vorlage 050/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag bestätigt die in der Anlage 1 ausgewiesene Prioritätensetzung und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen entsprechend der Priorität und in Abhängigkeit von dem für Investitionen zur Verfügung stehenden Finanzvolumen in die Haushaltsplanung 2015/Folgejahre aufzunehmen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 1 Enthaltung 3

Zu TOP 18 Naturdenkmalverordnung des Landkreises Oder-Spree

Vorlage: 039/2014

Frau Niels, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen & Piraten, kritisiert, dass den Kreistagsabgeordneten die vom Landkreis eingeholten Stellungnahmen der anerkannten Naturschutzverbände zur Naturdenkmalverordnung zur Einsichtnahme nicht vorliegen. Sie schließt sich der Forderung des BUND und der anerkannten Naturschutzverbände an, die Verantwortung über die Naturdenkmäler in Landesverantwortung zu geben.

Herr Wende, Fraktion Die Linke, ist der Meinung, dass sich der Landkreis Oder-Spree mit der Naturdenkmalverordnung seiner Finanzierungsverantwortung entledigen möchte. Er bekräftigt, dass er der Vorlage so nicht zustimmen wird.

Herr Dr. Zeschmann, BVB/Freie Wähler, stellt den Antrag, die Beschlussvorlage 039/2014 zurück in die Fachausschüsse zu verweisen, um die vorliegenden Stellungnahmen nochmals zu beraten.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja, 23 Nein, 3 Enthaltung

Anschließend erläutert Frau Witte vom Umweltamt den Abgeordneten ausführlich die Verfahrensweise der Erarbeitung der Naturdenkmalverordnung und beantwortet die Fragen von Frau Niels.

Herr Hilke betont anschließend, dass man der Naturschutzverordnung so zustimmen kann, da es dem Kreistag jederzeit möglich ist, durch einen entsprechenden Beschlussvorschlag neue Naturdenkmäler in die Liste aufzunehmen.

Frau Niels, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen & Piraten, stellt folgenden Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 039/2014:

„Kategorie „absterbend“ streichen.

Weil = Eichen beispielsweise sterben über Jahrhunderte. Außerdem sind sogar tote Bäume z.T. Naturdenkmäler → wie in München (Eiche)“

Abstimmungsergebnis:

11 Ja, Mehrheitlich Nein, 12 Enthaltungen

Abschließend bittet Herr Dr. Berger die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 039/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Rechtsverordnung über die Naturdenkmäler im Landkreis Oder-Spree – Aufhebungs- und Neuausweisungsbeschluss

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Nein 7 Enthaltung 12

**Zu TOP 19 Grundsatz- und Baubeschluss Erweiterungsbau Rouanet-Gymnasium
Beeskow
Vorlage: 041/2014**

Frau Alter, SPD-Fraktion, fragt nach, ob man den Sichtbeton behandeln und auch farblich gestalten kann.

Herr Buhrke erklärt dazu, dass im Bauausschuss vom Architekten ausführlich über den Sichtbeton gesprochen wurde und die Möglichkeit einer farblichen Gestaltung möglich ist. Frau Huschenbett erklärt daraufhin, dass dazu in Abstimmung mit der Schule eine einvernehmliche Lösung gefunden wird.

Herr Buhrke informiert, dass im Bauausschuss vom Architekten nur ein Muster zur Fassadengestaltung vorlag. Er verweist auf die vorliegende Tischvorlage zur Variantenauswahl der Fassadengestaltung. Sie wurde nach Vorabstimmungen mit allen Beteiligten erstellt und die Belange der Denkmalschutzbehörde wurden berücksichtigt. Herr Buhrke schlägt vor, dass sich die KT-Abgeordneten zur Variantenauswahl eine Meinung bilden, damit der Architekt entsprechend beauftragt werden kann.

Frau Prof. Böhm, Fraktion Die Linke, betont, dass sich der Erweiterungsbau in Nachbarschaft zu einem ehrwürdigen Klinkerbauwerk befindet und die Fassadengestaltung eher zurückhaltend sein sollte. Sie verweist auf die vorgeschlagenen Varianten der Schule 1D und 3D. Sie sagt, dass sich diese Varianten sehr gut in die bereits bestehenden Gebäude integrieren würden. Abschließend betont Frau Prof. Böhm, dass man sich bei der Farbgestaltung der Fassade im Interesse des Bauensembles für eine zurückhaltende Variante entscheiden sollte. Aus Gesprächen mit Vertretern der Schule würde sie einen behandelten Sichtbeton in Form einer farblichen Gestaltung favorisieren.

Herr Dr. Zeschmann kritisiert anschließend, dass er nicht nachvollziehen kann, dass die vorher veranschlagten Kosten für den Ausbau des Dachgeschosses von 590.500 € durch den Erweiterungsbau auf 1.101.669 € angestiegen sind und was daran noch wirtschaftlich ist. Er bezieht sich weiterhin in der Vorlage auf Seite 2, Absatz 2. Hier wurde nicht angegeben, von wem die Entscheidung für den Erweiterungsneubau getroffen wurde.

Herr Dr. Stiller, Fraktion Die Linke, bezieht sich auf die Rede von Herrn Dr. Zeschmann und verweist darauf, dass in den Fachausschüssen bereits darauf hingewiesen wurde, dass es beim Dachausbau nicht bei den geplanten 500.000,- € geblieben wäre. Er ist der Meinung, dass dem vorliegenden Grundsatz- und Baubeschluss so zugestimmt werden sollte. Er verweist darauf, dass eigentlich Variante 2 a gebaut wird und dass er vor einer Abstimmung bei der Farbgestaltung des Erweiterungsbaus auf jeden Fall nochmals die Schule mit einbeziehen würde.

Frau Kilian, SPD-Fraktionsvorsitzende, ist der Meinung, dass nicht der Kreistag, sondern die Schule die Entscheidung über die Farbgestaltung des Erweiterungsbaus treffen sollte. Sie beantragt, dass die Vorlage 041/2014 zur Abstimmung gebracht wird.

Herr Hilke, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagt, dass seine Fraktion dem Grundsatz- und Baubeschluss so zustimmen wird. Er betont, dass er persönlich die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante nicht befriedigend findet und er würde wegen der farblichen Gestaltung nochmals den „Ausschuss kreisen lassen“.

Abschließend informiert der Landrat, dass er den Vorschlag, die Abgeordneten über die Farbgestaltung der Fassaden entscheiden zu lassen, zurückzieht. Um Zeitverzug zu vermeiden, bittet er die Abgeordneten darum, dem Grundsatz- und Baubeschluss zuzustimmen. Frau Huschenbett wird beauftragt, die Farbgestaltung des Erweiterungsbaus nochmals mit allen Beteiligten zu besprechen und eine Kompromisslösung zu finden, die auch der Denkmalschutzbehörde gerecht wird.

Herr Dr. Berger bittet danach die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 041/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung der Erweiterung des Rouanet-Gymnasiums-Beeskow durch einen separaten Neubau mit 3 Klassenräumen und entsprechenden Nebenräumen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 20 Grundsatz- und Baubeschluss zur Erneuerung der Außenanlagen (2. Bauabschnitt) an der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt, Maxim-Gorki-Straße 15
Vorlage: 042/2014**

Zur Vorlage 042/2014 gibt es keine Wortmeldungen und Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung der umfassenden Erneuerung der Außenanlagen(2. Bauabschnitt) an der Gesamtschule 3 in Eisenhüttenstadt, Maxim-Gorki-Straße 15

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Enthaltung 2

**Zu TOP 21 Grundsatzbeschluss zur Gestaltung der Außenanlagen einschließlich Bauwerk trockenlegung der Häuser 1 und 2 am Albert-Schweitzer-Gymnasium Eisenhüttenstadt
Vorlage: 044/2014**

Zur Vorlage 044/2014 gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen.
Herr Dr. Berger bittet die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Herrichtung der Außenanlagen einschließlich Bauwerk trockenlegung der Häuser 1 und 2 am Albert-Schweitzer-Gymnasium Eisenhüttenstadt.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Enthaltung 4

**Zu TOP 22 Baubeschluss zum Neubau eines straßenbegleitenden Radweges parallel zur Kreisstraße K 6709 vom Ortsausgang Kieselwitz bis zum Ortseingang Fünfeichen (2. BA).
Vorlage: 052/2014**

Herr Dr. Berger stellt fest, dass es zur Vorlage 052/2014 keine Redebeiträge gibt und bittet die Abgeordneten um die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Vorbereitung und der baulichen Realisierung des Radweges an der Kreisstraße K 6709 von Kieselwitz bis Fünfeichen auf einer Länge von 3.360 m.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja MH Enthaltung 4

**Zu TOP 23 Sitzungsplan 2015
Vorlage: 046/2014**

Zum Sitzungsplan 2015 gibt es keine Anmerkungen und Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung der Vorlage 046/2014.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt den Sitzungsplan des Kreistages und seiner Ausschüsse für das Jahr 2015

einstimmig zugestimmt**Zu TOP 24 Veränderungen in den Ausschüssen**

Herr Dr. Berger nennt den Abgeordneten die Vorschläge der Fraktionen:

Jugendhilfeausschuss:

Für Herrn Holger Einhorn (B-J-A/FDP/BVFO) wird Herr Stephan Hoff in den Ausschuss vorgeschlagen.

Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr:

Für Herrn Jochen Mangelsdorf (SPD) wird Frau Elke Wagner in den Ausschuss vorgeschlagen.

Kreisausschuss

Von der SPD-Fraktion werden folgende Stellvertreter vorgeschlagen:

2. Stellvertreter Elisabeth Alter
3. Stellvertreter Bernhard Baumann
4. Stellvertreter Rainer Bublak
5. Stellvertreter Pamela Eichmann
6. Stellvertreter Jochen Mangelsdorf
7. Stellvertreter Mathias Papendieck
8. Stellvertreter Elke Wagner
9. Stellvertreter Holger Wenzel

Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree

Für Herrn Bernhard Baumann (SPD) wird Herr Frank Steffen als Regionalrat vorgeschlagen. Herr Bernhard Baumann wird als Stellvertreter für Frank Steffen vorgeschlagen.

Außerdem werden folgende sachkundige Bürger für die Fachausschüsse vorgeschlagen:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Sabine Kassau
Detlef Kirchhoff
Angela Beinio
Ingrid Freninetz
Anke Winkmann
Ramona Engler
Horst Lang
Ingo Passow

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Jens Liebelt
Ute Ebert
Martina Berger
Karin Lehmann
Marcus Skornik
Rita-Sybille Heinrich
Birgit Seelig
Ruth Ulbricht

**Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft
Verkehr und Wirtschaft**

Gerd Rademacher
André Giese
Gisbert Zastrow
Marc-Patrick Wagner
Heinz Schwartz
Dieter Metze
Henrick Staar
Klaus Reinicke

Ausschuss für Bauen, Umwelt und

Mario Kramer

Klaus-Dieter Balzer
Sven Wiebicke
Gerhard Möller
Karl-Heinz Mensinga
Peter Engert
Rene Benz
Bernd Saliter
Bertram Kahlisch

Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Christian Stauch
Manfred Tschacher
Jens Finka
Friedrich Hesse
Andreas Bachhoffer
Axel Hylla
Klaus Meyer
Klaus Losensky

Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU

Horst Lang
Stephan Hoff

Die vorgeschlagenen Personen werden von den Abgeordneten wie genannt mehrheitlich bestätigt.

Mehrheitlich zugestimmt

Vorsitzender des Kreistages

stellv. Vorsitzende des
Kreistages

Schriftführer/in